

Reime erstikt werden könnten, so liegt darin keine geringe Anerkennung der Bittischen Politik und eine bedeutende Kundgebung des Vertrauens, welches sich der russische Staatsmann in Europa zu erwerben verstand. Daß es Witte an heftigen Gegnern nicht gefehlt hat, ist fast selbstverständlich; daß Witte zeitweilig fast völlig isoliert war, dafür ist er ebenso wenig allein verantwortlich zu machen, wie er von aller Schuld an dieser Wendung freigesprochen werden kann. Den Fehlern aber, die Witte gemacht hat, hätte in der einen oder anderen Weise keiner entgegen können, der in den Tagen des Sturmes und Dranges an seiner Stelle gestanden hätte, und wenn man sich jener krisenreichen Ostbertage erinnert, so muß man zugeben, daß der Monarch, welcher Witte zu seiner verantwortlichen Aufgabe berief, keine große Wahl hatte. Witte ist aus dem russischen Volke geknüpft, alle Fehler und Nachteile des Volksherrschers finden sich auch bei ihm, so ist in erster Linie die russische Bureaucratie, die es nie zu großen Tugenden brachte, sondern immer mit kleinen Mitteln geriet; er ist kein großer Staatsmann wie ein Bismarck, ein Beaconsfield, ein Thiers und andere. Wenn man sich aber darüber klar geworden ist, daß man Witte nicht an den großen Staatsmännern unserer westeuropäischen Geschichte messen darf, so ist ohne weiteres anzuerkennen, daß er im Rahmen seiner Fähigkeiten, im Rahmen seiner der engen Grenzen, die ihm die politische Verständnislosigkeit einer allmächtigen Hofliebe und die politische Unreife des russischen Volkes gezogen, Lüstiges zu leisten, zumindest bemüht hat. An seinen Tugenden freilich wird man ihn erst erkennen können, wenn im Taurischen Palais diese merkwürdige Volksvertretung der Welt ihren Einzug gehalten und gezeigt haben wird, was man von ihrer staatsbildenden Tätigkeit zu halten hat.

Allzu langweilige Hoffnungen an die Erfolge der Duma zu knüpfen, dazu ist heute wohl kaum irgend jemand geneigt, vielmehr ist man allerseits auf planlose und unfruchtbare Debatten gefaßt, immerhin wäre es aber heute noch viel zu früh, der Duma von vornherein die Entwicklungsfähigkeit und damit die Existenzberechtigung abzusprechen. Erweitert sich aber dieses Parlament, an dessen Zustandekommen Witte zweifellos seinen mächtigen Anteil hat, auch nur als die Basis, welche in der Zukunft das Gebäude eines parlamentarischen Staatwesens zu tragen vermag, so wird auch die Zeit kommen, wo das russische Volk Witte gern zurückführen sieht zu dem Werke, an das er unter so unglücklichen Umständen die erste Hand gelegt, für das er gebannt und an das er geklaubt hat.

Was aber nun? In nächster Woche tritt die Duma zusammen. Sie findet nicht den bekannnten Ministerpräsidenten an seinem Platze, allerdings auch nicht den gehäfftesten und gefährlichsten Turnau, sondern Gorenkina, der in Bittischem Geiste arbeiten will, ob er es aber kann, ist eine andere Frage. Witte hat einen Teil seiner Kraft durch seine Stühle im Ausland; so lange Rußland Geld nötig hat, war sein Rückhalt immer ein erheblicher. Ob seinem Nachfolger dieselbe Rückendeckung bleibt, möchten wir bezweifeln. Die plötzliche Entlassung Wittes erinnert lebhaft an den Sturz des französischen Finanzministers Rucher vor der Revolution im Jahre 1789. König Ludwig XVI. sah sich beinahe genötigt, Rucher wieder zurückzurufen, weil die Nationalversammlung es forderte. Das Ansehen der Monarchie erlitt hierdurch einen starken Stoß. Kann es in Rußland nicht ähnlich geben? Kann Nikolaus II. nicht denselben Weg wandeln müssen? Witte will es wohl abwarten! Jedenfalls hat die Entlassung desselben nicht dazu beigetragen, um das russische Volk zu befestigen.

### Deutscher Reichstag.

K. Berlin, 04. Sitzung am 1. Mai 1906.

Auf der Tagesordnung steht die Zigarettensteuer. — Abg. Dr. Jäger (Zent.) äußert sich zum Vorschlag der Steuer, die er näher erläutert. Ueber Einzelheiten könne man verschiedene Ansichten sein, bei den Ausführungsbestimmungen über die Schmelzbreite des Tabaks, Verpackung usw. sollte man die Sachverständigen hören, das Zentrum stimmt für die Steuer. — Staatssekretär v. Sengel: Unsere Votlage sah eine Besteuerung der Zigarettenzucker vor, die Kommission wählte die Zigarettensteuer. Wir stimmen heute zu. Wünsche bezüglich der Ausübung des Gesetzes nehmen wir gerne entgegen. Die Zigarette ist ein leichtes und billiges Genussmittel, es hat die Zigarette in unsern Ländern eine große Bedeutung, die Zigarette wird heute mehr und mehr konsumiert, letztere behält fast 270.000 Arbeiter und diese wollen sie nicht loslassen. Die neue Steuer schädigt die Arbeiter nicht, die Zigarettensteuer ist jetzt von Interesselassen selbst vorgeschlagen worden. Einige Fabrikanlagen haben auf diese Art der Besteuerung hingewiesen. Abg. Dr. Wietzen (Zent. kat.): Wenn der Herr Jäger auch an diesem Gesetz viel mitarbeitet, ein Herrschick ist die Vorlage nicht (Gelächter). Das Gesetz sagt nicht einmal, was eine Zigarette ist und doch soll sie besteuert werden. — Staatssekretär v. Sengel: Zigaretten sind die Zigarettensteuer nicht unterworfen sein; es sind keine Zigaretten. — Abgeordneter Blumenthal (Zent.) lehnt die Zigarettensteuer ab; nationale und soziale Gründe führen und hierzu. Arbeiter- und Mittelstand leiden hierunter sehr. Der Staat wird von der Steuer besondere Vorteile haben, wiewohl die Steuer auch den Handel belastet und dann mittelst der Zigarettensteuer selbst zahlen werde. — Abg. Graf v. Helldorf (Zent.) erklärt sich gegen die Steuer. — Abg. v. Helldorf (Zent. kat.): Das Rauchen der Zigaretten ist kein Luxusgenuss; deshalb bin ich auch gegen die Steuer. Abg. v. Helldorf (Zent.) und Schmalbeck werfen die gesamte Zigarettensteuer. — Damit ist die Debatte beendet. Die Abstimmung findet am Dienstag 1 Uhr statt. — Nächste Sitzung morgen 1 Uhr. Aufbruch, 1/2 Uhr.

### Politische Rundschau.

Dresden den 6. Mai 1906.

Die Ankunft des Kaisers erfolgte am 4. d. Mts. in Donaueschingen auf dem Bahnhof wo sich zur Begrüßung der Kgl. Hofkapelle, Prinz Reuß, der Erbprinz zu Fürstberg, der Landeskommissar, die Spitzen der staatlichen und städtischen Behörden eingefunden hatten.

Nach der Süddeutschen Reichskorrespondenz ist das Befinden des Reichsfanzeners so gut, daß eine besondere Kur nicht nötig sein wird. Es genügt der gewöhnliche Sommeraufenthalt in Nordsee.

Die „Nationalzeitung“ erfährt: Unter den Kandidaten, welche als Nachfolger Bubes genannt werden, dürfte der derzeitige Eisenbahndirektionspräsident in Köln, Breitenbach, die meiste Aussicht haben.

Berliner Blätter hatten kürzlich angeblich aus gut unterrichteter Quelle zu berichten gewußt, der Bundesrat sei von seiner Abspaltung gegen die Kilometerzuschläge auf Fuhrarten zurückgekommen und habe dem diesbezüglichen Kommissionsbeschluss zugestimmt. Diese Meldung soll in allen Teilen falsch sein. Kilometerzuschläge seien für die verbündeten Regierungen noch wie vor unannehmbar.

Bei der Reichstagswahl am 4. d. M. im Wahlkreise Hessen IV. Darmstadt-Großgerau erzielte Stein (nat.-lib.) 15789 und Vertbold (Soz.) 16598 Stimmen. Letzterer ist mit ihm gewählt.

Die Budgetkommission setzte am 4. d. M. die Beratung des Unterlassungsgesetzes des Militärpensionsgesetzes fort. Auf Antrag Erzberger (Ztr.) wurde beschlossen, daß die Militäranwärter, die schon im Kommunaldienst angestellt sind, die seither bezogene Militärpension unberührt beziehen. Der Rest des Gesetzes wird unverändert angenommen. Das Gesetz soll von 1905 in Anwendung kommen, aber ohne Nachzahlung.

Der Gesetzentwurf zur Sicherung der Bauforderungen ist im Bundesrat angenommen worden und wird dem Reichstage wohl in Bälde zugehen. Damit ist eine langjährige Forderung des Zentrums erfüllt, das schon 1896 einen entsprechenden Antrag stellte. Das Bauhandwerk wird mit der Einlösung dieser Forderung sehr zufrieden sein.

Die Diätenfrage scheint im Laufe der nächsten Woche doch eine erfolgreiche Lösung zu finden. Wie die anderen Parteien außerhalb des Zentrums sich stellen, ist noch sehr unklar. Auf Antrag des Abgeordneten Arendt ist bekanntlich die Diätenkommission des Reichstages beschloffen, daß den Abgeordneten während der ganzen Legislaturperiode freie Fahrt auf allen deutschen Eisenbahnen gewährt wird. Die freikonserervative „Post“ bringt dagegen eine Abmilderung, die gegen diesen Antrag lebhaft und mit einer Schärfe polemisiert, die bisher nur bei den Antisemiten und Sozialdemokraten gegenüber Mitgliedern der eigenen Partei gebräuchlich war. Die „Post“ meint, es liegt nicht nur nicht zu einer Ausdehnung der Freifahrt der Abgeordneten der mindeste Anlaß vor, vielmehr könne in Frage kommen, ob man nicht noch Gewährung der Diäten die Freifahrt zwischen Wohnort und Residenz überhaupt beseitigen und durch einmalige Gewährung der Reisekosten ersetzen sollte. So weit will die „Post“ allerdings nicht gehen. Dagegen wünschte sie Ablehnung einer weiteren Ausdehnung der Freifahrt, schon im allgemeinen Verkehrsinteresse. Das freikonserervative Blatt schreibt wörtlich: „Die Sucht, auf Regimentsunkosten zu reisen, befindet sich schon jetzt in bedenklicher Entwicklung zu einem Schmarotzertum, was sicher im staatlichen Interesse nicht zu begünstigen ist. Es liegt viel näher, gewissen Herren zu Gemüte zu führen, daß es sich für die Träger des höchsten bürgerlichen Ehrentandes nicht schickt, großtätigen und Bewirtungen von Transporthilfsleistungen anzunehmen.“ Auch diese Sätze beziehen sich in erster Reihe auf den Abgeordneten Arendt, der an der Spitztour, die er im vorigen Jahre „auf Regimentsunkosten“ einer Transporthilfsleistung mitmachte, so großes Gefallen gefunden hat, daß er sich auch in diesem Jahre an einer parlamentarischen Besichtigungsfahrt beteiligen will. Es ist uns sehr willkommen, daß nun selbst konservativere Blätter sich dagegen wenden, daß Reichstagsabgeordnete auf Kosten von privaten Gesellschaften sich in die Kolonien führen lassen.

Die zweite Lesung des Toleranzenantrages des Zentrums, die am Mittwoch im Reichstage begonnen hat, gelangte sich zu einer für das Zentrum zweifellos glänzender Auseinandersetzung mit seinen Gegnern. Gegen die trefflichen Ausführungen der Abgeordneten Grober, Dr. Freyber v. Hertling, Dr. Spahn und Dr. Bachelmann nahmen sich die Reden der Abgeordneten Hieber, Dr. Schrader, Gump und Henning, gedehnte denn die Darlegungen der „Genossen“ David und Hoffmann, recht klein aus. Bezeichnend für die ganze Situation war der Umstand, daß selbst der Abgeordnete Dr. Müller-Meinungen sich dazu verstehen mußte, dem Toleranzenantrage, wie ihn das Zentrum vertritt, Konzessionen zu machen. Recht bezeichnend war es auch, daß von konservativer Seite gegen den Zentrumsantrag nicht grundsätzliche Bedenken ins Feld geführt wurden, sondern die Behauptung, daß der Antrag der evangelischen Kirche Eintrag tun werde. Mit Recht hielt der Abgeordnete Dr. David dies den Konservativen in drastischer Form vor. Das Ergebnis der Verhandlungen war zunächst die Annahme eines freisinnigen Antrages, welcher sich im Sinne mit dem Grundlegenden § 1 des Zentrumsantrages deckt. Die Verhandlungen wurden noch nicht zu Ende geführt. Die Hauptstreitpunkte werden erst bei der Behandlung des zweiten Teiles des Antrages zur Sprache kommen. Gossensfeld zeigt der Reichstag dann eine bessere Befehung als heute, wo außer den Wünschen des Zentrums die Reichen der übrigen Parteien Mühen aufweisen, die mit dem Aufwande der Gegengründe, den die gegenwärtige Presse in Szene setzte, stark im Widerspruch stehen.

Das preussische Abgeordnetenhaus hat am 4. d. M. die erste Lesung der Sechsdarbbahnvorlage vorgenommen; die Vorlage fand eine sehr freundliche Aufnahme. Alle Redner sprechen dem verstorbenen Minister v. Bude ihren Dank und ebenso ihre Anerkennung für das aus, was er für das Eisenbahnwesen getan hat. Abgeordneter Dr. v. Savigny (Ztr.) betonte mit Recht, daß der Minister namentlich für die Arbeiter und Beamten sehr viel getan habe; die Herr Bude werde bei diesen stets in gutem Andenken sein. Eine Reihe von Einzelwünschen wurden von verschiedenen Abgeordneten vorgetragen.

Der Pachtstein-Prozess wird die Gerichte nochmals beschäftigen. Wie nämlich die „Köln. Ztg.“ berichtet, hat Pachtstein gegen seine Verurteilung Revision eingelegt. Ist

die Meldung richtig, dann werden sich die Gerichte zum siebenten Male mit dieser skandalösen Affäre zu befassen haben.

Rechtsfähigkeit der Berufsvereine. Man schreibt uns aus Arbeiterkreisen: Eine alte Forderung der Arbeiterschaft ist die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine. Von einer Tagung zur anderen erhoffte man sich vom Reichstag die endliche Erledigung eines solchen Gesetzes; aber leider scheint es, daß auch bei der jetzigen Tagung nichts für diese wichtige, berechtigte Forderung herauskommt, trotzdem in Aussicht genommen war, ein solches Gesetz zur Beschließung zu bringen. Der Bundesrat hat einen dementsprechenden Entwurf schon längere Zeit fertiggestellt, aber dem Reichstag noch immer nicht vorgelegt. Die Industriellen, die früher gegen die Verleihung der Rechtsfähigkeit an Berufsvereine waren, haben schon eine kleine Schwankung gemacht und für die Verleihung sich einverstanden erklärt. Dafür aber verlangen sie bestimmte Bedingungen, wie beispielsweise Sicherung des Rechtes der Widerparteien, Kasstrammung für angerichtete Schäden usw. Was die Regierung da zu tun gedenkt, darüber verläutet vorerst nichts. Auf jeden Fall würde die Arbeiterschaft damit nicht einverstanden sein, wenn man ihnen bei einer Gabe gleichzeitig anderes nehmen und Rechte beschneiden würde, auf die sie berechtigt werden kann. Es ist alle Aussicht vorhanden, daß vor Pfingsten keine sozialpolitischen Anträge mehr auf die Tagesordnung kommen, und — nach Pfingsten erst recht nicht mehr, denn da wollen die Reichsboten Ferien. Wohl oder übel vertröstet man sich auf den Wiederauftritt im Herbst. Göffnung leidet den Wünschen Flügel!

Zum Metallarbeiterstreik. Der Gesamtverband deutscher Metallindustrieller hat in seiner Versammlung vom 2. Mai in Berlin beschloffen, die Verbände Hannover, Braunschweig, Dresden, Breslau, Frankfurt a. M., Ost-Friesland durch Arbeitrausperrungen zu unterstützen, sofern die Arbeiter der angegriffenen Verbände innerhalb einer in den nächsten Tagen festzusetzenden Frist die Arbeit nicht wieder aufnehmen. Demnach würde eine Entlassung von Arbeitern in größtem Umfange stattfinden, wovon circa 220.000 Arbeiter betroffen würden. Eine Kommission des Gesamtverbandes hat vor der Verlammlung die Arbeitsbedingungen, insbesondere auch Löhne und Arbeitszeiten, geprüft und gefunden, daß sie keinen Anlaß zu den Ausständen in den genannten Verbänden gegeben haben.

### Oesterreich-Ungarn.

Der neue Ministerpräsident Prinz Hohenzollern-Eschlingensfürst hat die beiden Landesminister, Dr. v. Randa und Dr. Pictal, die dem Kabinettchef ihre Portefeuilles zur Verfügung gestellt hatten, betwogen, auf ihren Posten zu verbleiben. — Das „Prager Tageblatt“ meldet: „Prinz Hohenzollern ist ebenso wie sein Vorgänger geneigt, die parlamentarische Form des Kabinetts durchzuführen. Der neue Ministerpräsident wird bereits Sonntag die Konferenzen mit den Parteiführern eröffnen. Dem Kabinettchef sollen zwei Projekte vorgezogen, nämlich eine Gesamtparlamentarisierung vorzunehmen oder die teilweise Parlamentarisierung des Kabinetts in der Weise zu vollziehen, daß die beiden Landesminister Dr. Pictal und Dr. v. Randa vom Grafen v. Tieschusky und Dr. Raczak abgelöst werden und daß die Deutschen in der Person Dr. v. Derckattas gleichfalls einen Landesminister erhalten.“

In Ungarn ist durch die Wahlen eine völlige politische Umwälzung im Gange. Die Kossuthpartei besitzt bereits die absolute Mehrheit im Reichstage. Bisher sind 198 Wahlresultate bekannt. Hiervon entfallen auf die Unabhängigkeitspartei 237, die Verfassungspartei 70, die Kossuthpartei 30, die Neue Partei 1, die nationalen Sozialisten 1, die Serben 6, die Rumänen 14, die Slowaken 8, die Demokraten 3 und die Parteilozen 6 Mandate. 13 Stichwahlen und 5 Rewahlungen sind erforderlich. — Nach einer Meldung aus Wien-Best beabsichtigen die gewählten sächsischen Abgeordneten der magyarischen Verfassungspartei beizutreten. Der Abgeordnete Schmidt hat seinen Wählern erklärt, daß sich die Sachden Nationalitäten nicht angeschlossen können und infolge kultureller wie auch ethnographischer Verhältnisse den Anschluss an die Magyarentum suchen müssen. Diesmal gelte dieser Anschluss nicht einer Partei, sondern dem Magyarentum überhaupt. (1)

Wichtige Ereignisse haben sich in Sarajevo am 3. d. M. vollzogen. In der staatlichen Tabakfabrik ist ein Streik ausgebrochen, der solche Dimensionen annahm, daß einige Arbeiterinnen verhaftet wurden. Streikende Arbeiter versuchten hierauf die Verhafteten mit Gewalt zu befreien. Es rißte gegen die immer gewalttätiger werdende Menge Gendarmerie aus. Da sie tödlich angegriffen wurde, gab sie Feuer. Drei Personen fielen sofort tot nieder. Die Menge aus der Menge wurden verwundet. Die Folge der stürmischen Ereignisse ist ein allgemeiner Zustand in sämtlichen Truckerien, Werkstätten und Fabriken von Sarajevo.

### Wien.

Papst Pius X. hat an den Vorstand des katholischen Preshvereins von Bayern, Regierungsrat Frank in München, ein apostolisches Schreiben gerichtet, in dem er dem Programm des Vereins sein höchstes Lob zollt und dem Wunsch Ausdruck verleiht, daß recht viele Katholiken Bayerns dem Preshverein beitreten und ihn durch Spenden in seiner hohen Aufgabe unterstützen möchten. Der Preshverein sei ein außerordentlich gutes Werk, das der Religion und dem Geiste der Seele diene. Zum Schluß erteilt der heilige Vater den einzelnen Vorstandskassen, den Mitgliedern und allen, welche das Werk fördern, von ganzem Herzen seinen apostolischen Segen. Die sächsischen Katholiken mögen aus der Wertschätzung, die der heilige Vater dem katholischen Preshverein in Bayern entgegenbringt, erkennen, welches verdienstvolle Werk er ist und daraus den Schluß ziehen, daß die Aufforderung des heiligen Vaters zum Beitritt in den Verein und zur Unterstützung desselben auch für den katholischen Preshverein in Sachsen Geltung hat.

### Frankreich.

Das französische Volk nimmt am Sonntag die Wahlen vor und wird sich entscheiden, ob die Politik und Zukunft radikal, sozialistisch oder gemäßigt konservativ

sein soll. O Mandate ge

— Der baltung all Arbeit behi

— Das vol Nachrid Flotte von Flottenman sozialdemokr Verbreitung vorement Arbeiter tre

— Die die Minster während der ereignet, die habe der Streit alle keine Dille Sultan Eng werde. — gerichtet in abläßt, wie Flotte von von Kalla

— Der Heiligen Str selbst völlig sehr groß

Tages Bandung de v. Randa in v haben. v. P preussische W bei Charlote Reiches und Berlin, heich Dreidener K Frankfurt a. Schlacht bei Redmarshalls Georg Friedrich Truppen Korl 7. Mai. Tientant auf \* Johannes und Kompani Opernkomponi Biocenc und Wahrebrich, die Selbsthater Otto I. der W

— \* Wet logische Witterung; tra nicht ausgef Schwest. Auf

— \* Der des Grafen Dresden und

— \* Di befristete Johannaht, schule, die of Aufstellung f Deutschen Stä sich jetzt um Dresden besin der Volksleje den auf dem ab. Nachmitt auf der Elbe ment Salopp die Gäste von durch den Nes essen zwischen mögen, worau herzlich dankte

— \* Dr Der Verein v verkehr hat B Wettbewerb Die Bekanntm

— \* Pr e Förderung Dr in diesem Son nadenkonzerte jeden Donnerst Konzert findet der Dresdner Es werden an des Gerdereite

— \* Pri 13. Mai, soll Garten zu Lein Privatangestell 1. Vortrag über für die staal ficherung der Herr Reichstags trag über das angestellten in ordneter Pa u und Richtlinien land. Redner: Gamburg. Die tritt haben föm welche dem S ebenso die Mitg Verbände, die f weisen. — Privat